

Nun muss eben der Druck der Straße her – am besten in Gelbwesten-Manier

Welt, 27.07.2022, Jörg Wimalasena

<https://www.welt.de/kultur/plus240133497/Nun-muss-eben-der-Druck-der-Strasse-her-am-besten-in-Gelbwesten-Manier.html>

Gehen die Preise weiter durch die Decke, könnten bald Massendemonstrationen folgen. Bereits jetzt stellen Teile der Politik sie vorsorglich unter Extremismus-Verdacht. Dass Faschisten überhaupt zu träumen wagen, die soziale Frage von rechts kooptieren zu können, liegt auch am Versagen der linken Mitte.

Die explodierenden Lebenshaltungskosten könnten schon bald zu Massenprotesten in Deutschland führen. Bereits jetzt stellen Teile der Politik sie vorsorglich unter Extremismus-Verdacht. Dass eine solche Gefahr überhaupt besteht, liegt nicht zuletzt am Versagen der politischen Linken.

Man muss dem französischen Philosophen Guillome Paoli auch drei Jahre später noch dankbar für sein Buch über die französische Gelbwesten-Bewegung sein. Während in französischen und auch deutschen Leitmedien die vermeintlich breiten rechten Ressentiments der Protestbewegung gegen die sozial ungerechte Besteuerung von Diesel dominierten, untersucht Paoli die basisdemokratischen Elemente der Gelbwesten (Gilets Jaunes) und deutet sie unter anderem als Resultat eines politischen Vakuums, dass durch die Angleichung der politischen Programme von Sozialdemokraten und Konservativen entstanden sei.

Entsprechend sei die neue Bewegung, die alte Klassengrenzen wieder sichtbar machte, vor allem in bürgerlich-linken Kreisen mit Argwohn betrachtet worden. „Die Diskurslinke fühlte sich von der selbstständigen, heterogenen Bewegung, die sich ziemlich wortkarg anschickte, Tatsachen zu schaffen, auf dem falschen Fuß erwischt. Nicht wenige beharrten auf ihrem Urteil, die soziale Krise nie gesehene Ausmaßes (...) hätte mit ihrem eigenen Anliegen nichts zu tun“, schrieb Paoli 2019.

Der Blick auf die damaligen Proteste und deren Rezeption ist aktueller denn je – denn es besteht durchaus die Chance, dass ähnliche Proteste auch in Deutschland anstehen. Die explodierenden Lebenshaltungskosten treiben Millionen Menschen im Land in eine veritable Existenzkrise. Laut Umfragen lassen ein Sechstel der Deutschen aus Geldmangel bereits Mahlzeiten aus, im Herbst drohen Gasmangel, kalte Wohnungen und horrenden Nachzahlungen für Strom und Heizung. Wenig überraschend gaben bei einer aktuellen Insa-Umfrage 44 Prozent der Befragten an, sicher oder mit großer Wahrscheinlichkeit an Demonstrationen gegen die hohen Energiepreise teilzunehmen.

Nun sollte man meinen, dass die Ampel-Koalition, die ja immerhin nominell zwei Mitte-Links-Parteien umfasst, alles dafür tun würde, um soziale Härten abzufedern und den sozialen Frieden zu sichern. Stattdessen lässt die Ampel sich von der FDP, deren politischer Auftrag seit Jahren weitgehend ein Erhalt der ökonomischen Machtstrukturen ist, die meisten sozialen Umverteilungsmaßnahmen ausreden.

Die sture Rückkehr zur Schuldenbremse im kommenden Jahr findet allerdings auch in Bundeskanzler Olaf Scholz einen entscheidenden Fürsprecher. Statt sozialem Ausgleich bemüht sich die SPD stattdessen schon jetzt darum, mögliche künftige

Proteste vorsorglich als rechte „Querdenker“-Veranstaltung zu verunglimpfen. Dem Handelsblatt sagte Bundesinnenministerin Faeser Mitte Juli: „Natürlich besteht die Gefahr, dass diejenigen, die schon in der Coronazeit ihre Verachtung gegen die Demokratie herausgebrüllt haben und dabei oftmals Seite an Seite mit Rechtsextremisten unterwegs waren, die stark steigenden Preise als neues Mobilisierungsthema zu missbrauchen versuchen.“

Versagen der linken Mitte

A priori wird auf diese Weise bereits jetzt ein möglicher Protest gegen die Preisexplosionen in einen rechten Verschwörungskontext gestellt. Zwar liefern Recherchen des „Spiegel“ in der Tat Hinweise darauf, dass Rechtsextremisten hoffen, die Wut der Bevölkerung für ihre politischen Zwecke missbrauchen zu können.

Derartige Versuche gab es auch in der Vergangenheit. Gegner der sozialen Kahlschlagpolitik Gerhard Schröders im Rahmen der Agenda 2010 versammelten sich ab 2004 monatelang zu Demonstrationen. Vielerorts solidarisierten sich auch damals Rechtsextremisten mit den Anti-Hartz-IV-Protesten. Doch das war nur möglich, weil die Mitte-Links Parteien (SPD und Grüne), die einen solchen Protest eigentlich anführen sollten, die unsoziale Agenda 2010 selbst zu verantworten hatten. Die institutionalisierte „Linke“ ließ arme und Arbeiter im Stich – die Leerstelle versuchten Rechtsextremisten zu besetzen. Dass Faschisten überhaupt zu träumen wagen, die soziale Frage von rechts kooptieren zu können, liegt zu erheblichen Teilen am Versagen der linken Mitte.

Eine (zumindest versuchte) Vereinnahmung der berechtigten Wut der Bevölkerung ist auch aktuell eine durchaus reale Gefahr in Deutschland. Laut der angesprochenen Insa-Umfrage ist die Protestbereitschaft mit 72 Prozent besonders bei AfD-Wählern hoch. Und wieder bilden Grüne und SPD eine Regierung. Statt wie bei der letzten gemeinsamen Regierung Sozialabbau zu betreiben, ist es nun die unzureichende sozialpolitische Reaktion auf die Inflationskrise, die beide Regierungsparteien zum unverlässlichen Partner der unteren Einkommensschichten machen.

Erneut adressiert man die soziale Frage nur in Talkshows, anstatt ernsthaft gegen den Koalitionspartner FDP zu kämpfen. Und erneut überlässt man damit der politischen Rechten einen Raum, die soziale Frage zu kooptieren. Die mittlerweile obligatorische Portion woker Hochnäsigkeit dürfte die bereits bestehende Abneigung vieler gegen das politische Establishment noch weiter verstärken – und das ist fatal. Denn die Menschen, die womöglich künftig gegen die blanke Armut auf die Straße gehen, werden politisch so heterogen sein wie die Gelbwesten.

Ja, es wird Corona-Leugner geben, AfD-Wähler und Menschen, die entgegen dem vermeintlich progressiven Zeitgeist am Konzept der Zweigeschlechtlichkeit festhalten. Kurz: Habituell passen womöglich viele Menschen, die ein berechtigtes Klasseninteresse an Umverteilung haben, schon jetzt nicht zum institutionellen Mainstream-Linksliberalismus.

Die Frage ist, ob eine marginalisierte gesellschaftliche und politische Linke diese Widersprüche aushalten kann oder sich angewidert abwendet – so wie im Falle der

Gelbwesten. Paoli schreibt, dass die Gilets Jaunes sich auch von Linken monatelang hätten anhören müssen, sie seien eine „hasserfüllte Menge“, „dumme weiße Männer, und unter anderem faschistisch, homophob, rassistisch, antisemitisch, von Putin manipuliert, hässlich und nach Diesel und Kippen süchtig“.

Paoli schreibt jedoch weiter, dass ein erheblicher Teil der Gelbwesten eben nicht dem Klischee entsprach. Abgesehen von einem hohen Frauenanteil sei es die „größte Qualität“ der Bewegung gewesen, „nicht in die Falle des Ressentiments gegen Marginalisierte und Migranten“ zu tappen. Ganz ohne moralische „Anleitung“ der gesellschaftlichen Linken konnten die Gelbwesten also gegen Extremisten in den eigenen Reihen vorgehen. Unter anderem, „weil solch umstrittene Positionen die Aktionseinheit unwiderruflich gespalten hätten.“ Im Mittelpunkt standen verbindende Klassenfragen, nicht spaltende gesellschaftspolitische Fragen. Widersprüche hielt man aus, um die gemeinsamen Forderungen – etwa nach einem höheren Mindestlohn und höheren Renten – effektiv vertreten zu können.

Ein fatales Signal

Interessanterweise versucht die Linke hierzulande genau das Gegenteil. Mit der „Unteilbar“-Demonstration verbanden Aktivisten die Migrationsfrage unteilbar mit der sozialen Frage. Die Veranstalter schrieben: „Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden.“ Wer also gegen Hartz IV und Massenverarmung war, muss auch die gesellschaftspolitischen Anliegen linker Aktivisten teilen. Ein fatales Signal.

Die Ablehnung von Protesten wie dem der Gelbwesten außerhalb von etablierten Strukturen in Teilen der „Diskurslinken“ dürfte jedoch auch andere Gründe haben. Ohne viel von deren Lebensrealität zu wissen, geriert man sich als Vertreter der arbeitenden Bevölkerung und fühlt sich ausgeschlossen, wenn Menschen sich unabhängig organisieren und damit – wie die Proteste der Gelbwesten zeigen – auch noch ein wesentlich höheres Mobilisierungspotenzial erreichen. Welche Proteste auch immer im Herbst auf Deutschland zukommen mögen, schon jetzt ist klar, dass die gesellschaftliche und politische Linke dabei vermutlich keine Rolle spielen wird.

Zwar rief die mit äußerst knapper Mehrheit wiedergewählte Vorsitzende der mittlerweile zum politischen Randphänomen verkommenen Linkspartei, Janine Wissler, zu einem „heißen Herbst der Proteste“ auf, bot allerdings im Nachgang bestenfalls halbgebare Vorschläge zur Linderung der sozialen Not dar. Als Massenbewegung gegen die Agenda 2010 gestartet, ist die Linkspartei mittlerweile zu einem zerstrittenen Haufen obskurer Kleinstfraktionen verkommen, die mehr mit sich selbst beschäftigt zu sein scheint, als mit ernsthafter Klassenpolitik. Keine der großen Krisen der vergangenen Jahre, sei es die Eurokrise oder die Corona-Pandemie, die erneut zu einer erheblichen Vermögensumverteilung von unten nach oben führte, konnte der Partei helfen. Weder bei Arbeitern noch bei Gewerkschaftern hat sie einen nennenswerten Rückhalt.

Die Diversitätslüge

Gleichzeitig dürften auch die Mitte-Links-Parteien der Ampel-Regierung in sozialen Fragen nur auf wenig Vertrauen hoffen. Kaum jemand wird die neuen jungen TikTok-Stars im Bundestag, die öffentlichkeitswirksam den vermeintlichen Muff der alten

weißen Männer aus dem Bundestag vertreiben wollen, und dabei genauso widerstandslos jede soziale Schandtat mittragen dürften, als „Ally“ im Kampf um das eigene ökonomische Überleben wahrnehmen. Im Kanzleramt sitzt mit Olaf Scholz eine prägende Figur der Agenda 2010, mit der die Sozialdemokratie Arme und Arbeiter enteignete.

SPD und Grüne regieren mit dem heimlichen Wunschkoalitionär FDP, mit dem sich zwar im Eiltempo Selbstbestimmungsgesetze durchsetzen lassen, der aber gleichzeitig die meisten notwendigen sozialen Umverteilungsmaßnahmen verhindert. Sollten die zu erwartenden Proteste im Herbst nach rechts rücken, dürfte das auch an der nach wie vor dürftigen Durchsetzungskraft der linksliberalen Mitte liegen.

Nun muss eben der Druck der Straße her – am besten in Gelbwesten-Manier. Wichtige politische Entscheidungen, wie die Neuausgestaltung von Hartz IV (nun „Bürgergeld“ genannt) stehen an. Eine Übergewinnsteuer für Mineralölkonzerne, Vermögenssteuern für Reiche, auskömmliche Hilfen für Arme – es gibt genug inhaltliche Anknüpfungspunkte für eine Arbeiterbewegung gegen Kapital und Establishment. Wenn die gesellschaftliche und politische Linke überhaupt daran teilhaben will, sollte sie sich schnellstens von identitätspolitischem Ballast befreien und ein ökonomisch-populistisches Programm entwickeln, dass auch für Menschen außerhalb der eigenen Blase anschlussfähig ist.